

## SPENDABEL

1537 Euro spendet das **Hotel Munte** an die **Wohnungslosenhilfe der Inneren Mission**. Der Verein will mit den Spendengeldern Winterbekleidung, Schlafsäcke und Heißgetränke für Obdachlose finanzieren. Das Hotel Munte am Stadtwald spendet anlässlich seines 100-jährigen Jubiläums jeden Monat von April bis Dezember 100 Cent pro Übernachtungsgast an eine gemeinnützige Einrichtung in Bremen. Im Dezember wird für die kirchliche Begegnungsstätte Bremer Treff gesammelt.

Der Verein **„Wir für die Vahr“** hat 1000 Euro vom **Einkaufszentrum Berliner Freiheit** erhalten. Das Geld kam beim Grünkohlessen am 14. November, das vom Einkaufszentrum gemeinsam mit der Fleischeri Dohrmanns veranstaltet wurde, zusammen. „Wir für die Vahr“ engagiert sich für die Förderung von Jugend- und Altenhilfe sowie Natur- und Umweltschutz im Stadtteil.

Die **Bremer Bäcker-Innung** hat den Erlös des Klubanschnitts auf dem Marktplatz an die **Kita Regenbogenhaus** in Tenever gespendet. 2000 Euro kamen beim Verkauf des 100 Meter langen Klubens zusammen. Die Kita will von dem Geld Laufräder und Roller anschaffen.

Bei einer **Kunstaktion des Rotary Clubs Bremen** in der Böttcherstraße am 29. November sind 9335 Euro für zwei Alphabetisierungsprojekte zusammengekommen. Die Projekte unterstützen benachteiligte Kinder und Jugendliche vor Ort sowie in Westafrika.

Das Bremer Logistikunternehmen **Benway Solutions** verschenkt in diesem Jahr keine Weihnachtspresents an Kunden und Partner. Die veranschlagte Summe von 2500 Euro wird stattdessen an die **Bremer Engel** gespendet. Die Initiative bietet eine mobile Familienhilfe für schwerstkranke Kinder und deren Angehörige.

Auch die Arbeitsvermittlung **Runtime Services GmbH** verzichtet auf Weihnachtsgeschenke für Kunden und spendet stattdessen 2000 Euro an die deutschlandweit tätige **Kinderhospizstiftung**. Die gemeinnützige Initiative fördert Kinderhospize, die schwer erkrankte Kinder unterstützen und deren Familien langfristig begleiten.

## KINO

## Britische Filme für Schüler

**Bremen.** Die bundesweite Schulfilmreihe **„Britfilms“** macht in Bremen Station: In der Gondel und in der Schauburg werden von Montag bis Freitag, 18. bis 22. Januar 2016, sieben britische Filme für Schüler im Alter von acht bis 18 Jahren gezeigt. Für Sprachanfänger gibt es die Neufilmreihe des Kinderbuchklassikers **„Paddington“**, ein kleiner Bär, der in London eine neue Familie sucht. Für Kinder und Jugendliche ab zwölf Jahren eignet sich die Familienkomödie **„What We Did On Our Holiday“**. An ältere Schüler richtet sich die Dokumentation **„Citizenfour“** über Edward Snowden, der die NSA-Affäre enthüllte. Die Filme werden in englischer Sprache mit deutschen Untertiteln gezeigt. Die Vorstellungen können ab sofort unter Telefon 79 25 50 gebucht werden. Weitere Informationen unter [www.britfilms.de](http://www.britfilms.de). XMT

## BRAND

## Sechs Bewohner in Klinik

**Bremerhaven.** Ein 86-Jähriger hat sich am Montag noch rechtzeitig aus seiner brennenden Wohnung retten können. Insgesamt kamen sechs Bewohner des Mehrfamilienhauses an der Weißenburger Straße mit Verdacht auf Rauchvergiftung in die Klinik. Die Feuerwehr war gegen 15.30 Uhr informiert worden. Als sie in der Straße eintraf, machten zwei Bewohner im dritten Obergeschoss des Hauses auf sich aufmerksam. Sie wurden über den Treppenraum in Sicherheit gebracht. Der 86-Jährige kam mit Hilfe anderer Bewohner heraus. EHO

## EINBRUCH

## Fremder im Badezimmer

**Bremerhaven.** Über ungewöhnliche Geräusche aus ihrem Badezimmer wunderte sich eine Familie am Nikolausabend in Bremerhaven-Lehe. Der Sohn schaute nach – und sah einen fremden Mann in der Nasszelle. Der Einbrecher flüchtete durch das Badezimmerfenster, wie die Polizei weiter berichtete. Der 17-Jährige folgte ihm mit seiner Mutter über die Terrasse in den Garten. Als der Mann über eine Umzäunung klettern wollte, hielt ihn der Sohn fest. Es kam zu einem Handgemenge. Der Täter konnte sich aber befreien und unerkannt entkommen. EHO

## ÜBERFALL

## Trio schlägt auf Mann ein

**Bremerhaven.** Drei Männer haben am Sonntag einen Passanten in Bremerhaven-Lehe überfallen und niedergeschlagen. Laut Polizei war der 26-Jährige gegen 23 Uhr aus Richtung Zolltor Roter Sand gekommen, als ihn zwei der Täter ansprachen. Der dritte Mann kam dazu und schlug den Fußgänger von hinten ohne Vorwarnung nieder. Es folgten weitere massive Schläge, bevor die Männer flüchteten. Die Hintergründe des Überfalls waren am Montag noch unklar. EHO

## Väter gehen auf die Straße



Unter dem Motto „Alle Kinder brauchen beide Eltern“ hat der Verein **Väteraufbruch für Kinder (VAfK)** am Montag in der Sögestraße mit einer Mahnwache darauf hingewiesen, dass Gerichte dem getrennten Elternteil in manchen Fällen sogar verbieten, ihren Kindern Weihnachtsgeschenke zu machen. Christian Peters (vorne) vom Vorstand des VAfK Hamburg hatte zur Mahnwache aufgerufen. Diesen Mittwoch will der Verein in Hamburg dafür demonstrieren, die Kinder sehen und beschenken zu dürfen. HPP-FOTO: CHRISTINA KUHAUPT

## Hilfe für den Krisendienst

## Senatorin will psychiatrische Bereitschaft neu aufstellen / Überstunden und hohe Arbeitsbelastung

VON ANTJE STÜRMAN

**Bremen.** Zu wenig Personal, heikle Fälle und immer mehr Hilfesuchende – der psychiatrische Krisendienst steckt in der Krise. Damit er arbeitsfähig bleibt, soll er in den kommenden Jahren neu organisiert werden. Ambulante Anbieter begrüßen die Pläne der Senatorin für Gesundheit. Dem Betriebsrat des Klinikums Bremen-Ost gehen sie nicht weit genug.

Seit 1992 sind beim Sozialpsychiatrischen Dienst zwölf Vollzeitstellen eingespart worden – zwei je Beratungsstelle. Der Betriebsrat des Klinikums Ost, Sebastian Wriedt, hatte Mitte Oktober in einem Interview berichtet, dass die verbliebenen Mitarbeiter schon jetzt einen Teil ihrer Aufgaben nicht mehr erfüllen können. „Wenn wir zu wenig Leute haben, kann es passieren, dass Menschen mit einer schweren psychiatrischen Störung tagelang warten müssen, bis sie jemand besucht“, sagte Wriedt. Doch auch die Mitarbeiter leiden nach seinen Worten unter dem Druck, jährlich zwei Prozent der Personalkosten einsparen zu müssen. Überstunden und eine hohe Arbeitsbelastung seien die Folgen.

Nun wollen die Behörden Nägel mit Köpfen machen. In der Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stellte Senatorin Eva Quante-Brandt (SPD) ein Papier vor, in dem sie die Richtung vorgibt: Nächliche Bereitschaftsdienste sollen eingedampft, dafür soll die Beratung am Tag wieder ausgeweitet werden. Wer nachts Hilfe

benötige, könne sich an den regulären Notdienst wenden, heißt es. Rufbereitschaften sollen möglichst an ambulante Dienstleister abgegeben und Fachleute in den Quartieren einbezogen werden. Die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD, Stephanie Dehne, sagte: „Wir wollen genau schauen, was die Betroffenen brauchen. Vielleicht ist das nicht der Besuch zu Hause, sondern besser ein offenes Café, wo Menschen in der Krise Unterstützung finden.“

Den Patienten will die Gesundheitsbehörde künftig ein „engeres Netz der Betreuung“ vor Ort anbieten. In einem seit Anfang des Jahres tagenden Arbeitskreis „Neuorganisation des Bremer Krisendienstes“ gehe es darum, andere Institutionen, die in den Stadtteilen mit der Versorgung psychisch kranker Menschen zu tun haben, für eine Zusammenarbeit zu gewinnen, erklärte Senatorin Quante-Brandt. „Wir wollen Fachleute, die im Stadtteil arbeiten, zum Beispiel aus Pflegediensten, Betreuung Wohnen und Wohnheimen, stärker einbinden und zum Beispiel Rufbereitschaften oder Nachtdienste nutzen.“

Bei der Gesellschaft für Ambulante Psychiatrische Dienste (Gapsy) nennt die Senatorin damit offene Türen ein: „Wir sind bereit, viel mehr gemeinsam anzubieten“, sagt Geschäftsführerin Katrin Scherer. Zurzeit fehle eine eng verzahnte Zusammenarbeit mit den regionalen Anbietern. Eine Vernetzung der Kliniken mit den Leistungen der Ambulanten könne helfen,

dass psychische Krisen gar nicht erst eskalieren. Um aber die 24-Stunden-Rufbereitschaft der Ambulanten mitnutzen zu können, „müssten wir sie mit zusätzlichen Ressourcen belegen“, so Scherer.

Sollte das klappen, müsste das Team des Sozialpsychiatrischen Dienstes nicht mehr aus eigener Kraft rund um die Uhr telefonische Beratung und Hausbesuche anbieten – für psychisch kranke Menschen in akuten Krisen, für deren Angehörige und Suchtkranke. Zurzeit sind dafür täglich zwei Mitarbeiter der regionalen Beratungsstellen

**„Wir wollen genau schauen, was die Betroffenen brauchen.“**

Stephanie Dehne, SPD

eingeteilt. Hinzu kommt ein Mitarbeiter in Rufbereitschaft.

Das sei im Bundesgebiet einzigartig, heißt es in der Behörde. „Auch andere Städte und Regionen verfügen über so einen Krisendienst, jedoch ohne eine 24-Stunden-Präsenz.“ Die neuen Zeiten des Krisendienstes in Bremen (werktags von 17 bis 21 Uhr und an Wochenenden und feiertags von 8.30 Uhr bis 17 Uhr) liegen nach Angaben der Behörden „immer noch über dem Standard“. Die meisten

## FLOHMARKT

## Junge Hunde angeboten

**Bremerhaven.** Auf dem Flohmarkt Roter Sand in Bremerhaven sind am Sonnabend mehrere Hundewelpen zum Kauf angeboten worden. Ein 25-Jähriger hatte die Jungtiere unter seiner Lederjacke verborgen. Möglichen Käufern gegenüber öffnete er die Jacke und bot die Tiere für 350 Euro pro Hund an. Besucher des Marktes an der Rudloffstraße benachrichtigten die Polizei. Die Beamten beobachteten die illegalen Verkaufsversuche und nahmen den Mann mit zur Wache. Die von ihm angebotenen Pinscher-Welpen waren laut Polizei in einem schlechten Zustand, sie hatten einen Wurmbauch, wirkten apathisch und waren verklebt. Die Hunde wurden dem Tierheim übergeben. In der Wohnung des Verkäufers wurden keine weiteren Hunde gefunden. Den Mann erwartet nun eine Strafe von 1500 Euro für die drei illegal angebotenen Hunde. Laut Tierschutz-Hundeverordnung muss ein Welpe mindestens acht Wochen alt sein, wenn er von seiner Mutter getrennt wird. Wird der Welpe aus einem anderen EU-Mitgliedsstaat importiert, muss er sogar mindestens 15 Wochen alt sein. Diese Voraussetzungen waren bei den Hunden des 25-jährigen Osteuropäers nicht erfüllt. HPP

## WEBPORTAL

## Stadtplan mit neuen Funktionen

**Bremerhaven.** Auf [bremerhaven.de](http://bremerhaven.de), dem Webportal der Stadt, gibt es jetzt einen Stadtplan mit neuen Funktionen. Nach Angaben der Stadt sind dort neben allen Sehenswürdigkeiten über 375 Tourenangebote zu finden, außerdem Sportboothäfen, Restaurants, Unterkünfte, Parkhäuser, Baustellen oder Altglascontainer. Über eine Visitenkarte der einzelnen Orte könne der Internetauftritt abgerufen, der Anfahrtsplaner geöffnet oder der Ort gemerkt werden, heißt es. Die erstellte Merkliste sei auch mit Stadtausschnitt, Beschreibung und der Adresse als PDF-Datei ausdrückbar. Ebenfalls angezeigt werden die Kontaktdaten der Erlebnis Bremerhaven GmbH. EHO

## Gegner des Abkommens übergeben offenen Brief im SPD-Büro / EU-Parlamentarier Joachim Schuster: Dokumente jetzt einsehbar

VON THOMAS WALBRÖHL

**Bremen.** Anstecker mit der Aufschrift „Stopp TTIP“, rote Lineale und ein offener Brief. Das haben Gegner des transatlantischen Freihandelsabkommens TTIP am Montag in Bremen dem Europa-Abgeordneten Joachim Schuster überreicht. Solche Aktionen finden derzeit bundesweit in 230 SPD-Parteibüros statt. Vor dem SPD-Bundesparteitag am Donnerstag wollten die etwa 80 Bremerinnen und Bremer die SPD-Delegierten an die „Roten Linien“ erinnern. Gemeint sind die Beschlüsse des SPD-Konvents im September 2014. Dort hatte man sich auf Leitlinien für TTIP geeinigt. Demnach wollen die Sozialdemokraten dem Freihandelsabkommen nur dann zustimmen, wenn unter anderem Arbeitnehmer-, Verbraucher-, Umwelt- und Gesundheitsschutz in Europa durch das Handelsabkommen gestärkt werden.

Dass das umstrittene Freihandelsabkommen dafür sorgen könnte, bezweifeln viele, darunter zahlreiche Bremer. So auch Thomas Milowski von der Bürgerbewegung Compact. „TTIP muss gestoppt werden. Zu einer Ausbehebung demokratischer Grundsätze, etwa durch private Schiedsgerichte, darf es nicht kommen“, sagte Milowski in der SPD-Geschäftsstelle und bekam viel Applaus von seinen Mitstreitern.

## Rote Linien gegen TTIP

Der Empfänger des offenen Briefs Joachim Schuster (SPD), äußerte sich ähnlich, auch zum kanadischen Freihandelsabkommen CETA. „Es gilt der Beschluss des SPD-Konvents von 2014. Aus diesen Gründen ist auch CETA, das mittlerweile ausverhandelt ist, für unsere Partei nicht zustimmungsfähig.“ Das Ziel von Freihandelsabkommen sei, wirtschaftliche Standards zu setzen. Demokratie und Rechtsgrundlagen dürften dabei aber nicht durch private Schiedsgerichte angetastet werden, betonte Schuster. Genau das ist auch einer

der zentralen Kritikpunkte der TTIP-Gegner: Der Investitionsschutz soll mit dem Abkommen ausgeweitet werden. Das heißt: Internationale Investoren sollen leichter auf Schadenersatz klagen können, zum Beispiel, wenn sie sich von Staaten nicht „fair und gerecht behandelt“ fühlen. Wann das erlaubt sein soll, ist bislang unklar. Die Texte seien noch zu schwammig formuliert, bemängeln Mitglieder aus Bürgerbewegungen sowie Verbraucherschützer. Weiterer Streitpunkt: Viele Bürger kritisieren an TTIP mangelnde Transparenz.



Bürger aus Bremen protestieren gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA. Dem Europa-Abgeordneten Joachim Schuster überreichen sie einen offenen Brief. FOTO: KOCH

„Dort tut sich was. Seit letzter Woche sind für alle 751 EU-Parlamentarier TTIP-Dokumente einzusehen“, sagte Schuster am Montag. Allerdings ist das nur ein Teil der Texte, nämlich der, der nicht amerikanische Interessen und Positionen preisgibt. „Die Amerikaner wollen ihre Positionspapiere nicht der breiten Öffentlichkeit zugänglich machen“, erklärte Schuster. „Als EU-Abgeordnete können wir jetzt nicht mehr sagen, wir hätten nichts gesehen. Aber bei über 1000 Seiten Text mit zahlreichen juristischen Querverweisen bezweifle ich, dass das auch für jeden Parlamentarier verständlich ist.“

Die überreichten Lineale nimmt Schuster jedenfalls mit. „Die roten Linien sind immer sinnvoll.“ Den Anstecker mit dem Stopp-TTIP-Slogan lässt er aber liegen. „Ich bin dafür, dass verhandelt wird. Erst wenn es ein ausgehandeltes Ergebnis gibt, stimmen wir ab.“ Einige Bürger haben sich schon entschieden, zumindest in einer repräsentativen Umfrage von Compact. In deren Auftrag hat Emnid seit Februar über 1000 Deutsche zu TTIP befragt. War im Februar noch über die Hälfte der Befragten der Meinung, dass das Freihandelsabkommen eine gute Sache sei, war es im Oktober nur noch ein Drittel. Fast jeder zweite Befragte war laut Emnid im Oktober der Meinung, dass TTIP eine schlechte Sache sei.



Am 8. August 1969 wurde die Hochstraße Breitenweg durch den damaligen Bremer Bürgermeister Hans Koschnick für den Verkehr freigegeben, und es durften die ersten Pkws darauf fahren. Der jetzige Abriss-Vorschlag der CDU stößt bei vielen Leserinnen und Lesern auf Ablehnung.  
FOTO: JOCHEN STOSS

**Zu den Artikeln „Hochstraße: Grüne treiben ihren Senator“ vom 4. Dezember und „Bremer CDU will Hochstraße abreißen“ vom 27. November:**

### Grüner als die Grünen

Ist es jetzt soweit, dass dieser Partei nichts mehr einfällt und daher grüner wird als die Grünen? Gott sei es gedankt, dass die wahnwitzige Idee des City-Centers gepulst ist, doch da kommt Herr Kastendiek mit seinen Parteifunktionären auf die Idee, die Hochstraße und Parkhäuser abzureißen. Das ist ja schon heute – wenige Monate nach der Wahl – ein Koalitionsangebot an die Grünen für die nächste Bürger-schaftswahl.

Wie sonst sollte denn Herr Röwekamp jemals wieder an die Regierung in Bremen kommen? Da redet die CDU von einer rot/grünen Regierungskoalition, die verschwenderisch mit Steuergeldern umgeht und will selber die Steuergelder der Bremer Bürger unter dem Wall vergraben, indem sie dort Parkplätze anlegen will. Begreifen denn diese Parteifunktionäre gar nichts mehr? Wenn keine Parkhäuser mehr vorhanden sind, kommt der Kunde auch nicht mehr in die Stadt, sondern fährt zum Weserpark, zur Waterfront oder ins niedersächsische Umland. In der Innenstadt ist doch heute „tote Hose“. Es ist nur noch etwas los in der Lloyd-Passage, weil dort Cafés und Imbissstände vorhanden sind, die immer gut besucht sind. Ich laufe doch nicht mit meinen Einkaufstaschen quer durch die Stadt, um eventuell mein Auto auf der Bürgerweide, wo ich es dann noch abstellen kann, zu beladen.

Liebe CDU-Funktionäre, lasst doch den Bremer Bürger durch einen Volksentscheid selber entscheiden, was mit der Innenstadt geschehen soll. Ich glaube, Sie werden sich über das Ergebnis wundern. Senator Lohse und Ralph Saxe von den Grünen werden es verkraften, wenn sie auf Sie verzichten müssen. Schaut nach Hamburg, da haben die Bürger selbst die Bewerbung für eine Veranstaltung wie die Olympiade platzen lassen, weil die Kosten viel zu hoch sind.  
DIETER ZIEHLKE, BREMEN

### Einen Monat testen

Die Geschäfte am Wall stellen gerade fest, dass doch viele Kunden mit dem Auto kommen und befürworten die Aufhebung der Einbahnstraßenregelung. Zeitgleich liefert die CDU ihren nächsten Coup und befürwortet den Abriss des Parkhauses Mitte und bei der Gelegenheit auch gleich den Abriss der Hochstraße. Ich bekomme den Eindruck, als würde die CDU bald mit den Grünen koalieren. Sie ist gut beraten nicht zu vergessen, dass es rechts von ihr eine Alternative gibt. Bremen ist ein langes, schlankes Bundesland. Wer von Ost nach West fahren möchte, soll zukünftig über die A281 fahren? Nach Fertigstellung der A281 möge man die Hochstraße für einen Monat sperren, damit einem mal vor Augen geführt wird, was dort geschehen soll und wie es sich anfühlt, wenn täglich 40000 Autos über den Breitenweg fahren.  
INGO KÖHN, BREMEN

### Instinktos

Ich traute meinen Augen nicht, als Aufmacher im Lokalteil einen Bericht über die Forderung des Grünen-Chefs Saxe zu finden, binnen fünf Jahren die Hochstraße abzureißen. Hat Herr Saxe in Zeiten äußerster knapper finanzieller Mittel und angesichts dringender Aufgaben bei der Bewältigung des Flüchtlingsansturms keine anderen Sorgen? Tausende von Flüchtlingen halten sich in für eine längere Unterbringung von Menschen gänzlich ungeeigneten Turnhallen, Zelten und anderen Massenunterkünften auf. Dass unter ihnen Unruhen drohen, liegt auf der Hand. Außerdem sollten die Turnhallen möglichst bald wieder ihrem eigentlichen Zweck zugeführt werden.

Es bedarf bekanntlich größter Anstrengungen, rasch geeignete Unterkünfte jedenfalls für die Menschen zu schaffen, die eine längere Bleibeperspektive haben. Für sie sind Integrationsmaßnahmen unerlässlich. Wir brauchen Sozialarbeiter, Lehrer, Ärzte, Therapeuten und für diese Räume, in denen sie ihre schwierigen Aufgaben erfüllen können. Alles das erfordert einen finanziellen Aufwand, der weit über Bremens gegenwärtige Möglichkeiten hinausgeht. In einer solchen Situation die Entwicklung der Bahnhofsvorstadt durch Abriss der Hochstraße zu fordern, erscheint mir geradezu instinktos. Die Hochstraße mag kein Schmuckstück sein. Sie tut aber gegenwärtig ihren Dienst. Ich erwarte von unseren Abgeordneten, dass sie alle einen sinnvollen Beitrag zur Bewältigung der unmittelbar anstehenden Aufgaben leisten. Wenn diese erledigt sind, können wir wieder über eine Verschönerung der Stadt nachdenken.  
HELGA MÜLLER, BREMEN

### Kein gutes Licht

Bereits 1987 hatten ein Freund und ich mit einer Eingabe nach Artikel 115 Absatz 3 der Bremischen Landesverfassung an den Senat den Abriss der Hochstraße und eine Neukonzeption des Bereichs Breitenweg/Bahnhofplatz vorgeschlagen und mit entsprechenden Plänen visuell dargestellt. Dies wurde auf Veranlassung von Bürgermeister Wedemeier dann im Senat vorgebracht. Der „Boulevard Breitenweg“ war von uns damals als Allee ohne Hochstraße mit breiten Bürgersteigen zum Flanieren konzipiert. Diese Boulevardmeile sollte sich vom Rembertikreis bis zum Findorff-tunnel erstrecken, allerdings mit einer offenen, unbebauten Mitte, dem Bahnhofplatz. Flanieren, Mode und Eleganz, hochwertige Geschäfte, Cafés in einem attraktiven Umfeld mit großstädtischem Flair waren Stichworte, die wir in Zusammenhang mit einem Boulevard assoziierten.

Das ist nun schon fast 30 Jahre her und die Diskussion um den Abriss, inzwischen von der CDU jüngst neu belebt, ist immer noch im Gange. Dies wirft kein gutes Licht auf unsere Stadt: Entscheidungen und deren Umsetzung dauern in Bremen einfach zu lange. Beispiel: Güterverkehrszentrum und der versprochene Autobahnanschluss, Anbindung der Universität an das Straßennetz, Entwicklung der Überseestadt und eben der Abriss der Hochstraße. Ver-

gleicht man das mit dem wirtschaftlich starken Hamburg, kann man nur sagen: „Dort wird schneller und durchdachter entschieden.“ Wir hoffen, dass nun dem Vorschlag der CDU, der auch vom grünen Bausenator so schon formuliert worden ist, endlich Taten in Form von Planungen und Konzepten für die Zeit nach der Hochstraße folgen.  
GEROLD GERDES, BREMEN

### Das ist Unsinn

Die Hochstraße Breitenweg verbindet innerörtlich Findorff, Walle, Utbremen, die Neustadt, Woltershausen und Huchting mit Schwachhausen, Östliche Vorstadt und Vahr. Über vorhandene und zukünftige Autobahnen kann das nicht oder nur sehr unwegig, unter Belastung der Stadtteile um Stadteil Mitte, erreicht werden. Die zukünftige Autobahn A281 dient als bessere Verbindung der äußeren Stadtteile wie Bremen-Nord, Gröpelingen, Obervieland und Huchting. Ein Abriss ohne den Bau einer Straße in Tunnelage ist Unsinn. Da hat die CDU recht. Die autofeindlichen Grünen hingegen streben einen Abriss ohne Alternative an. Sie wollen die Verkehrsteilnehmer zwingen, Bahn, Bus, Fahrrad oder Rikscha zu benutzen. Die CDU weckt mit der Tunnellösung Wünsche. Aber wie das Haushaltsnotlageland Bremen das finanzieren kann, lässt sie offen.

Unsere Hochstraße ist eine reine Stadtstraße, für die alleine Bremen aufkommen muss. Wenn Bremen das kann, wäre das schon das Beste. Wenn nicht, sollten wir darüber nachdenken eine intelligente Lösung zu finden, mit der Hochstraße zu leben. Eine Lösung könnte dabei sein, unter der Hochstraße Breitenweg ab Bahnhofplatz zwischen Herdentorsteinweg bis Bürgermeister-Smidt-Straße eine Ladenpassage in Ost-West-Richtung zu bauen. Der Verlust der Stellplätze würde den Gewinn an einer attraktiven Innenstadtbelegung in der Bahnhofsvorstadt mehr als ausgleichen. Eine Untersuchung in diese Richtung würde sich lohnen: Statt hohe Tunnelbaukosten oder Verkehrschaos könnte das Mieteinnahmen für den Bremer Haushalt bedeuten.  
ROLAND KUTZKI, BREMEN

### Innenstadt verödet

Widersprüchlicher kann der Inhalt eines Artikels kaum sein. Herr Röwekamp fordert den Abriss der Hochstraße am Breitenweg und der Parkhäuser in der Innenstadt, während die Kaufleute am Wall um Kunden buhlen, die mit dem Auto kommen. Es wird immer wieder übersehen, dass die Hochstraße weitgehend dem innerstädtischen Verkehr dient und nicht durch Autobahnen ersetzt werden kann. Wer fährt von Walle ins Viertel über eine Autobahn?

Interessant ist die Erwähnung des „Tausendfüßlers“ in Düsseldorf. Diese Hochstraße führte über einen Straßenbahnknotenpunkt mit sechs Linien, vergleichbar unserer Domsheide. Nach 40-jähriger Planungs- und Bauphase liegt die Straßenbahn als U-Bahn zum größeren Teil unter der Erde und in knapp ein Kilometer Entfernung liegt die ehemalige Rheinuferstraße als zwei Kilometer langer, vierspuriger Tun-

nel, der den Verkehr seit 1993 aufnimmt. Auch der 2013 abgerissene „Tausendfüßler“ wird bis Ende dieses Jahres durch ein Tunnelsystem ersetzt. Durch die Baumaßnahmen sind Flächen frei geworden, die durch zwei Einkaufszentren mit einem riesigen Parkhaus bebaut wurden. Der Abriss von Parkhäusern in der Bremer Innenstadt dagegen führt zu einer weiteren Verödung und treibt noch mehr Menschen in die Einkaufszentren in der Peripherie oder gar ins Umland, anstatt Menschen von dort in die Stadt zu ziehen. Bremen muss seiner Rolle als Oberzentrum gerecht werden.

Wenn Herr Röwekamp rund eine Milliarde Euro in die Hand nimmt, um eine praktikable innerstädtische Lösung zu realisieren, kann er anschließend die Hochstraße abreißen. Er sollte sich besser informieren, bevor er plakativ Stichworte in den Raum wirft, offensichtlich, um sich bei den Grünen für eine spätere Koalition einzuschmeicheln.  
HORST HÖLTER, BREMEN

### Ein Ärgernis

Ich befürchte, die Bremer CDU gewährt dem grünen Verkehrssenator Lohse politisches Asyl. Wie sonst ist der Sinneswandel in Bezug zum motorisierten Individualverkehr zu erklären? Über den zu erwartenden Verkehrskollaps am Breitenweg durch einen möglichen Abriss der Hochstraße sollte man sich jedoch im Klaren sein - ein Ärgernis für jeden, der diese Verbindung zwischen Remberting und B75 Richtung Delmenhorst nutzen muss. Ich begrüße jedoch den Denkanstoß der CDU, der Bremer Innenstadt neues Leben einzuhauchen und dem Kaufkraftverlust in Richtung Weserpark und Dodenhof entgegenzuwirken, zumal bekanntlich bereits die rot/grünen-Pläne scheiterten.  
SVEN SCHLEIDER, BREMEN

### Der falsche Zeitpunkt

Der Vorschlag von Herrn Saxe, die Hochstraße abzureißen, kommt total zur Unzeit, auch der Vorschlag seitens der Union, sie anzupinseln. Wir müssen aktuell nicht Geld in die Betonvernichtung investieren, wir müssen Betongeld für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stellen. Viele Bürger unserer Stadt, sowie die hier zukünftig eingebürgerten Flüchtlinge benötigen bezahlbaren Wohnraum. Unsere Parlamentarier sollten sich jetzt vorrangig damit beschäftigen, wo in unserer Stadt-gemeinde schnellstmöglich Sozialwohnungen gebaut werden können. Unsere Hochstraße wird noch so manchen irren Gedanken überleben, ist sie doch aus Beton!  
HERBERT SCHEFFLER, BREMEN

### Tunnel ersetzt Hochstraße

Herr Kastendiek argumentiert bezüglich des Abrisses der Hochstraße flott mit dem Beispiel Düsseldorf. Dazu muss man aber wissen, dass dort die Hochstraße, die die wichtige Nord-Süd-Achse entlastete, durch großzügige Tunnelkonstruktionen ersetzt wurde, und dass vergleichsweise riesige Flächen zur Verfügung stehen, um „unglaublich viel in Bewegung“ zu bringen.  
ALBRECHT CLAUSS, BREMEN

### Nicht erklärbar

Es fehlen Pädagogen und Sozialarbeiter, Polizisten und Juristen, wir haben große Sanierungsstaus und kommen ohne Haushaltssperre und Nachtragshaushalt nicht über die Kunden. In einer solchen Zeit verbietet sich das Nachdenken über den Abriss einer intakten Hochstraße – unabhängig von der Sinnhaftigkeit einer solchen Maßnahme. Alles andere wäre nicht nur dem politischen Endverbraucher, sondern auch dem Bund und den Ländern, die uns seit vielen Jahren alimentieren, nicht erklärbar.  
HANS-PETER MESTER, BREMEN

### Beste Direktverbindung

Das ewige Gejohle nach Abriss der Hochstraße ist erschreckend. Sie ist beste Direktverbindung durch die Stadt, abgehoben „vom da unten“ und führt nach Remberting direkt zur Richard-Boljahn-Allee, also in die Stadtteile wie Vahr, Horn, Oberneuland. Auch optisch wirkt sie immer noch modern. Lösungen mit Untertunnelung machen mir Angst – vor Kurzem wieder Hochwasser im Rembertitunnel. Und woher das Geld?

Der zunehmende Reisebusverkehr bleibt ungestört im „Unterbereich“, ist aber ja auch allein gelassen und ungelöst von der Politik. Brachflächen nebenan gibt's und gab's genug. Wäre auch ein Beispiel für gelungenen „Tourismus und Stadtbelebung“ wenn Politiker besser „ausgeschlafen“ wären! Stattdessen seit Jahren peinlich für den Ruf der Stadt. Weitere Brach- und Problemflächen in der City sind vorhanden zum Beleben. Also Politik, bitte daraus maximieren, Gelder im großen Stil wird es nicht mehr geben in diesem Jahrhundert!  
REINER BODE, BREMEN

### Jeden Tag Stau

Man kann verzweifeln am Verstand der Grünen- und der CDU-Politiker. Erstens hat Bremen kein Geld und zweitens stehe ich beinahe jeden Tag morgens und abends mit dem Auto im Stau. Trotzdem planen unsere Politiker den Abriss einer intakten und schnellen Verbindungsstraße. Wer behauptet, dass immer weniger Autos in Bremen fahren, der muss offenbar nicht zu den Hauptverkehrszeiten in oder durch die Innenstadt fahren, ganz abgesehen davon, dass es offenbar sogar innerhalb der Parteien keine Einigkeit zu diesem Vorhaben gibt. Mit diesen Politikern sehe ich für Bremens Zukunft immer schwärzer.  
H.-DIETER ESCHRICHT, BREMEN

**REDAKTION LESERMEINUNG**  
Anschrift: Bremer Tageszeitungen AG  
Lesermeinung · 28189 Bremen  
Mail: [lesermeinung@weser-kurier.de](mailto:lesermeinung@weser-kurier.de)

Leserbriefe sind keine Meinungsäußerung der Redaktion. Die Redaktion behält sich Auswahl und Kürzungen vor. Anonyme Briefe werden nicht veröffentlicht. Postadresse und Telefonnummer nicht vergessen, auch bei E-Mails.